

Ressort Bezirke aus der Morgenpost vom Sonntag, 20 März 2005

Abgeordnete schalten sich in Streit um Wasserwerk ein

Siemensstadt: Grundwasserpegel steigt, seit in Jungfernheide weniger abgepumpt wird

Von Helga Labenski

Das vom Senat für kommendes Jahr geplante Ende der Grundwasserförderung am Wasserwerk Jungfernheide ist jetzt auch Landespolitikern nicht mehr ganz geheuer. Vor dem Hintergrund massiver Proteste in Spandau und Charlottenburg-Wilmersdorf hat das Berliner Abgeordnetenhaus jetzt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz verpflichtet, die Grundwassersteuerungs-Verordnung in ganz Berlin auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Es sei "sicherzustellen, daß bei der Abschaltung von Wasserwerken die über Jahrzehnte künstlich abgesenkten Grundwasserstände nicht in unverträglichem Maß ansteigen", heißt es in der von SPD, PDS und FDP verabschiedeten Beschlußvorlage.

Die Verwaltung hat den Auftrag, die Auswirkungen für alle betroffenen Siedlungsgebiete einer Prüfung zu unterziehen und bis Ende Juni zu berichten. Auch Erkenntnisse privater Gutachter müßten berücksichtigt werden.

Einen Antrag der Grünen, die die Grundwasserförderung in Siemensstadt vorläufig beibehalten wollten, haben SPD und PDS geändert. Man werde klären müssen, ob der Betrieb von kleinen Pumpen nicht kostengünstiger sei als der Betrieb ganzer Wasserwerke, sagt dazu der Spandauer SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz, Autor des Änderungsantrags. Derzeit pumpt die Siemens AG, die wie andere Hausbesitzer in Siemensstadt bereits nach der Halbierung der Fördermenge nasse Keller hat, auf eigene Rechnung Grundwasser ab. "Wer die Kosten übernehmen muß, ist dann der nächste Punkt, den es zu klären gilt", sagt Buchholz. Die Wasserwirtschaft privaten Grundeigentümern zu überlassen, ist allerdings vielen Landespolitikern nicht angenehm.

Umweltsenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) hatte auch vor dem Umweltausschuß des Abgeordnetenhauses Wasser-Probleme in Siemensstadt erneut als Einzelfälle bezeichnet.

Spandau hat inzwischen aber nicht nur Probleme mit feuchten Kellern in Siemensstadt, sondern auch mit dem Austrocknen von Feuchtgebieten in der Spekte und Tiefwerder. Die Spandauer Bezirksverordneten-Versammlung hat deshalb in ihrer jüngsten Sitzung auf Antrag der CDU einstimmig ein regionales

Grundwassermanagement gefordert. Alle Wasserwerke innerhalb des Bezirks müssten einer Gesamtbetrachtung unterzogen und eine erhöhte Förderung beispielsweise am Wasserwerk Jungfernheide durch eine Reduzierung beim Wasserwerk Spandau ausgeglichen werden.

URL dieses Artikels: <http://www.morgenpost.de/content/2005/03/20/bezirke/742434.html>